



Wir gestalten das Land

Wie seit 2014 sind auch für das kommende Jahr keine neuen Schulden geplant. Mit einer soliden Haushaltspolitik leistet die Union einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die gesamtstaatliche Schuldenquote Deutschlands spätestens im nächsten Jahr erstmals seit 2002 unter den Maastricht-Grenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen wird.

Eine solide Finanzpolitik verlangt eine klare Schwerpunktsetzung. Maßgeblich auf Initiative der Union liegen diese Schwerpunkte in den Bereichen Verteidigung, Bildung und Forschung, Verkehr, innere und äußere Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit. Die Investitionen im Bundeshaushalt haben inzwischen einen Umfang von rund 40 Milliarden Euro erreicht – ein Rekordwert.

Darüber hinaus unterstützt der Bund massiv die Länder und Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und entlastet sie finanziell. So beteiligt sich der Bund beispielsweise mit mehreren Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung und an der baulichen Sanierung der Schulen, stellt Mittel zur Digitalisierung der Schulen („Digitalpakt“) sowie für den sozialen Wohnungsbau bereit.

Gleichzeitig ist es gelungen, die Bürgerinnen und Bürger spürbar zu entlasten. Seit 2015 wird die kalte Progression im Tarif der Einkommensteuer Jahr für Jahr abgebaut. Das Kindergeld ist zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat angehoben worden. Ab 2021 wird der Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Zahler vollständig abgebaut, für weitere 6,5 Prozent gesenkt. Die Union wird sich weiterhin für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags einsetzen.

Im Haushalt 2020 sind für das kommende Jahr Ausgaben in Höhe von 359,9 Milliarden Euro geplant – ein Prozent mehr als 2019. Geplant sind Rekordinvestitionen in die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit des Landes. Etwa die Hälfte des Bundeshaushalts steht für soziale oder familienpolitische Ausgaben zur Verfügung, wie die Zuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung und zum Gesundheitsfonds, die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II sowie das Kinder- und Elterngeld.

Für den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sind im kommenden Jahr rund 18,2 Milliarden Euro eingeplant. Seit die Union die Leitung dieses Ministeriums im Jahr 2005 übernommen hat, haben sich dessen Etat und damit die Investitionen in die Zukunft unseres Landes mehr als verdoppelt.

Die für Verteidigung eingeplanten Ausgaben liegen bei 44,9 Milliarden Euro und damit rund 1,7 Milliarden höher als in diesem Jahr. Neben diversen Großvorhaben wird ein Schwerpunkt der Ausgaben bei der Modernisierung der persönlichen Ausrüstung sowie dem Ausbau der Digitalisierung liegen.

Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erreicht mit rund 10,37 Milliarden Euro ein Rekordniveau.

Die Union wird sich bei den Haushaltsberatungen dafür einsetzen, die Struktur des Haushalts hin zu mehr wachstumsfreundlichen und zukunftsorientierten Ausgaben zu verändern und den Schwerpunkt innere und äußere Sicherheit weiter zu stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause haben wir in erster Lesung über den Bundeshaushalt 2020 debattiert. Und dieser kann sich sehen lassen:

Wir behalten nicht nur weiterhin die schwarze Null bei, sondern können die Investitionen im Haushalt 2020 gegenüber dem Finanzplan des Finanzministeriums noch einmal deutlich erhöhen! Dies gilt auch im Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur. So sieht der Haushalt des BMVI 2020 vor, dass im kommenden Jahr die Ausgaben für Straße, Schiene und Bundeswasserwege auf über 15 Milliarden Euro steigen. Bis 2023 soll dieser Betrag sogar auf 17,2 Milliarden anwachsen! Dieser Mittelaufwuchs stellt ein Investitionsrekord dar und ist gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur Schiene – und damit die beste Grundlage für aktiven Klimaschutz. Hierfür wollen wir nicht nur den Schienenverkehr, sondern auch den ÖPNV und die Fahrradverkehre stärken. Aber auch beim Verkehrsträger Straße stellt sich uns weiterhin ein wahrlich großer Aufgabenkatalog. In dem Zusammenhang dürfen wir nicht übersehen, dass ein intaktes, gut ausgebautes Straßennetz auch immer eine deutliche Verbesserung der Verkehrssicherheit zur Folge hat. Eine zukunftsfähige – also sichere, digitalisierte und klimafreundliche – Verkehrsinfrastruktur ist die beste Grundlage für Wachstum und Wohlstand unserer Gesellschaft. Und genau dafür werde ich mich weiterhin konsequent einbringen!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Austausch der NRW-Landesgruppe mit der CDU-Landtagsfraktion NRW und Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
- Treffen mit Bahnvorstandsmitglied Ronald Pofalla, NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst MdL und PSts Enak Ferlemann MdB zum zweigleisigen Ausbau der Schienenverbindung Münster-Lünen
- Gespräch zum Thema therapeutisches Reiten mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium Sabine Weiss MdB und Ina El Kobbia, Geschäftsführerin des DKThR in Warendorf
- Fachgespräch mit NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und den Münsterland-Abgeordneten zur Trinkwasserverordnung

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Reform der Handwerksordnung kommt

Wiedereinführung der Meisterpflicht für zwölf Gewerke geplant

Zur geplanten Änderung der Handwerksordnung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carsten Linnemann MdB:

Wir werden bei einigen Handwerksberufen die Meisterpflicht wieder einführen. Damit setzen wir ein wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrags um. Wir legen bei der Entscheidung, bei welchen Gewerken die Meisterpflicht wieder eingeführt wird, klare, objektive und eindeutige Kriterien an. Dabei achten wir darauf, dass wir die Vorgaben des deutschen Verfassungsrechts und des Europarechts einhalten.

Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft liefert. Die Meisterpflicht trägt außerdem durch eine hochwertige berufliche Aus- und Weiterbildung auch maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei. Unser Ziel ist, mehr Qualität für die Kundenschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung.

Entscheidend für die Einführung der Meisterpflicht ist, ob es sich um gefahrgeneigte Handwerke handelt, deren unsachgemäße Ausübung eine Gefahr für Leben und Gesundheit bedeutet. Außerdem sollen solche Handwerke berücksichtigt werden, die vom Kulturgüterschutz erfasst werden oder als immaterielles Kulturgut anzusehen sind. Nach fünf Jahren wird eine Evaluierung der Neuregelung erfolgen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Sommer einen intensiven Dialog- und Anhörungsprozess durchgeführt, bei dem alle Gewerke und Sozialpartner angehört worden sind. Auch im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages hat eine umfassende Anhörung stattgefunden.

Nach Auswertung der Anhörungen werden wir der Koalitionsarbeitsgruppe „Reform der Handwerksordnung“ im Deutschen Bundestag vorschlagen, für die folgenden zwölf Gewerke die Meisterpflicht wieder einzuführen:

Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Betonstein- und Terrazzohersteller, Estrichleger, Behälter- und Apparatebaue, Parkettleger, Rollladen- und Sonnenschutztechniker, Drechsler und Holzspielzeugmacher, Böttcher, Glasveredler, Schilder- und Lichtreklamehersteller, Raumausstatter, Orgel- und Harmoniumbauer.

Bestehende Betriebe, die derzeit nicht der Meisterpflicht unterliegen, dürfen auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben und erhalten Bestandsschutz. Nach der Diskussion in der Koalitionsarbeitsgruppe am Dienstag, 10.09.2019 werden wir das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bitten, zügig einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Nach dem Beschluss der Bundesregierung folgen die Beratungen im Bundesrat und Bundestag. Unser Ziel ist es, dass die Änderung der Handwerksordnung Anfang 2020 in Kraft tritt.

Foto: Thorsten Schneider

Beschlüsse zu Klima, Wald und Clankriminalität auf den Weg gebracht

Kampf gegen die Clankriminalität, Klimaschutz, die Rettung des Walds und die Förderung von KI-Professuren für Deutschland. Das waren die Hauptthemen der Klausur des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dabei wurden umfangreiche Maßnahmenpakete beschlossen.

Unter anderem wurde das Papier „Gutes Klima. Starkes Deutschland.“ beschlossen. In ihm werden Maßnahmen genannt, wie die Einhaltung der selbstgesetzten Klimaziele bis 2030 und 2050 gewährleistet werden kann. Dabei geht es nicht nur um den bereits vereinbarten, sozial abgedeckten Kohleausstieg, sondern auch um Klimaschutz im Bau- und Verkehrsbereich sowie um mehr Energieeffizienz und die Entwicklung von Speicherkapazitäten. Die Unionsfraktion setzt vor allem auf technische Lösungen und Innovationen. Über Anreize will sie Wirtschaft und Verbraucher zur CO₂-Vermeidung motivieren.

Beschlossen wurde auch das Papier „Internationale Wald-Initiative, Wälder pflanzen und bewahren – Klima schützen“. Denn ohne die Wälder ist die Erreichung des Ziels, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen, nicht zu erreichen. Über Aufforstungsprogramme kann der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gebremst werden. Die Unionsfraktion will dem Erhalt der Wälder, ihrer Wiederaufforstung und ihrer nachhaltigen Bewirtschaftung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit noch größere Bedeutung beimessen. Grundlage dafür könnte ein internationaler Waldfonds sein, der für alle Geber offen ist.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag will außerdem den Kampf gegen Clankriminalität mit einem „Null-Toleranz-Ansatz“ verstärken. Behörden sollen mehr Befugnisse erhalten, um effektiver in die Strukturen der nach außen hin abgeschotteten Familien eingreifen zu können, heißt es in einem Zwölf-Punkte-Plan, den der Fraktionsvorstand bei seiner Klausurtagung in Potsdam beschlossen hat. So sollen jugendliche Intensivtäter leichter aus den Clans herausgenommen werden, Vermögen sollen einfacher konfisziert werden und Kriminelle schneller abgeschoben werden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2019,
12. September 2019

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck